

Antragsformular

„Stärkung der Palliativkompetenz in der ambulanten und stationären Pflege in Baden-Württemberg“

Daten Antragsteller

Der Antrag ist durch den Träger der Weiterbildungsmaßnahme zu stellen (s. Förderaufruf).

Träger der Weiterbildungsmaßnahme

Rechtsform des Antragstellers

Anschrift

Kursort

Ansprechperson

Telefon

E-Mail

Antrag auf Förderung

Wir beantragen die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von _____ Euro auf Basis von insgesamt _____ Teilnehmenden, die an der nachstehenden Maßnahme teilnehmen und nach dem Förderaufruf förderfähig sind.

Geplante Maßnahme

Curriculum

Palliative Care Kurs für Pflegende nach dem Curriculum Palliative Care von M. Kern, M. Müller und K. Aurnhammer

Palliative Care Kurs für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter psychosozialer Berufsgruppen nach dem Curriculum von M. Kern, M. Müller und K. Aurnhammer

Kurs nach dem Curriculum "Palliative Praxis" der Robert-Bosch-Stiftung

Palliative Care Kurs für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in stationären Einrichtungen für Kinder und Jugendliche insbesondere nach dem Dattelner Curriculum

Multiplikatorenschulung, die auf die Qualifizierung von bereits Palliative Care qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Pflegeeinrichtungen zielen nach ELNEC Kurs Deutschland – Geriatrie Curriculum

Palliative Care Kurs für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen der Behindertenhilfe
– weiterführende Informationen sind dem Antrag beizufügen

Sonstige Kurse

– weiterführende Informationen sind dem Antrag beizufügen und fachlich zu begründen

Teilnahmegebühr pro Teilnehmer/in (ohne Landeszuschuss)

Euro

Beginn / Ende des Kurses

/

Anzahl der erwarteten Teilnehmenden, die bei einer Pflegeeinrichtung
(im Sinn von § 3 WTPG) oder einem ambulanten Pflegedienst
(im Sinn von § 132a SGB V) oder als Fachkraft in ambulanten Hospizdiensten
nach § 39a SGB V*, jeweils mit Sitz in Baden-Württemberg, beschäftigt sind:

Erklärungen zu den gemachten Angaben und dem Vorhaben

Hiermit erklären wir, dass

- mit der o.g. Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch nicht vor Bewilligung begonnen wird oder
eine Unbedenklichkeitsbescheinigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn vorliegt
und als Anlage beigefügt wird.
- für die Maßnahme / das Projekt eine / keine Zuwendung von einer anderen
Stelle des Landes oder von einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts
beantragt oder bewilligt wurde.
- Die veranschlagten Teilnahmegebühren zzgl. erwarteter Landeszuschuss die Gesamt-
ausgaben der Maßnahme nicht übersteigen.
- Der Zuschuss in voller Höhe dafür eingesetzt wird, die Teilnahmegebühr des / der
jeweiligen förderfähigen Kursteilnehmenden zu ermäßigen.
- die Angaben in diesem Antrag richtig und vollständig sind, und dass wir jede Verände-
rung der für die Gewährung der Förderung maßgebenden Verhältnisse (z.B. Änderun-
gen bei der Anzahl der förderfähigen Kursteilnehmenden oder bei den Kursterminen)
unverzüglich dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration mitteilen wer-
den.
- uns bekannt ist, dass die im Antrag erhobenen Daten für die Antragsbearbeitung benö-
tigt werden. Wir willigen in die Verarbeitung, insbesondere das Speichern, Nutzen und
Übermitteln der erhobenen Daten zum Zwecke der Bearbeitung des Antrags- und Be-
willigungsverfahrens ein. Die Einwilligung kann jederzeit gegenüber dem Ministerium
für Soziales, Gesundheit und Integration widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der
bis zum Widerruf verarbeiteten Daten wird hiervon nicht berührt.
- wir im Rahmen des Förderverfahrens die einschlägigen datenschutzrechtlichen Anfor-
derungen beachten.
- wir die Hinweise zu subventionserheblichen Tatsachen und zur Strafbarkeit des Sub-
ventionsbetrugs nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB) zur Kenntnis genommen haben
(s.u.).

Die Kursausschreibung (als PDF-Datei oder Ausdruck bzw. Hyperlink) ist beigefügt.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/In

Hinweise zu subventionserheblichen Tatsachen:

Der/Die Antragsteller/in wird auf die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs nach § 264 StGB hingewiesen. Sämtliche im Förderantrag, den beigefügten Anlagen sowie während und nach der Maßnahme gemachten Angaben und eingereichte Unterlagen, insbesondere betreffend den Verwendungsnachweis, sind subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 9 StGB. Gleiches gilt für Tatsachen, die durch Scheingeschäfte, Scheinhandlungen oder missbräuchliche Gestaltungen verdeckt werden.

Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular samt Anlagen an:

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration
Referat 54 (Ethik in der Medizin, Medizinische Versorgungsbereiche)
Else-Josenhans-Str. 6
70173 Stuttgart

Oder per E-Mail an: poststelle@sm.bwl.de

* Hinweis an die Kursveranstalter: Für Fachkräfte in ambulanten Hospizdiensten nach § 39a SGB V ist es maßgeblich, dass das jeweilige Curriculum der Rahmenvereinbarung (in der Fassung vom 22.11.2022) zu § 39a SGB V, Anlage 4a angepasst ist.